// Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 354. Mittag-Ausgabe. Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 1. August 1862.

Telegraphische Depesche.

Weimar, 31. Juli. Heute Vormittag um 11 Uhr ist Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, zweiter Sohn Carl August's, kgl. niederländischer General der Infanterie a. D., im 70. Lebensjahre zu Bad Liebenstein in Thüringen gestorben.

Preußen.

Landtags-Verhandlungen.

31. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (31. Juli).

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr. Am Ministertische: v. Holzbrinck und mehrere Reg.-Commissare, später v. d. Heydt.

Erster Gegenstand der Tages-Ordnung ist der Bericht der Budget-Commission über den Etat der Verwaltung der Eisenbahn-Angelegenheiten für 1862 und 1863. Ueber denselben ist bereits ausführlich berichtet.

Referent Abg. v. Kirchmann giebt einen kurzen Ueberblick der Anschauungen, welche die Commission bei ihrer Prüfung und ihren Beschlüssen geleitet haben, die den Etats-Aufstellungen beipflichten.

Abg. Techow bei dem Etat der Ostbahn: Er bedauere, daß seine Provinz (Ostpreußen) nicht durch eine an die Ostbahn sich anschließende Eisenbahn in den großen Eisenbahnverkehr mit hineingezogen werde. Die Provinz sei arm und könne das Kapital nur schwer beschaffen. Doch würde es möglich sein, eine Aktiengesellschaft zu bilden, wenn nur die Regierung die Concession ertheile, was sie bis jetzt nicht gethan. Er hoffe, die Regierung werde, von der Wichtigkeit der Bahn überzeugt, die Bestrebungen der Provinz unterstützen, um so mehr, da die Rentabilität der Ostbahn von dem Bau von Nebenbahnen abhänge.

Reg.-Commissar (sehr schwer verständlich): Die vom Redner beantragte Bahn sei eine derjenigen, die Aussicht auf Ausführung haben. Die Concession könne aber erst ertheilt werden, wenn das Kapital vollkommen aufgebracht sei. Es sei einmal Princip, keine vorläufigen Concessionen zu ertheilen; sei das Kapital erst beisammen, so werde man der Gesellschaft alle Vergünstigungen zu Theil werden lassen, die andern erwiesen werden.

Abg. Hübler: Für den Bau der Tilsit-Insterburger Bahn, für die ebenfalls bereits alle Vorbereitungen getroffen und die Kapitalien gezeichnet seien; nach der Concession durch die Regierung werde man den Bau sogleich in Angriff nehmen können.

Reg.-Commissar: Es sei sehr erfreulich, daß sich Privatgesellschaften für Eisenbahnen auch dort bildeten; man werde dieselben auf jede gesetzliche Weise begünstigen.

Abg. v. Forckenbeck: Er wolle im Allgemeinen constatiren, daß die Klagen der Provinz Preußen über Zurücksetzung in Bezug auf Eisenbahnbau ihm vollkommen begründet schienen; die Bestrebungen der Provinzial-Landtage und Comite's seien bis jetzt nicht von der Regierung unterstützt worden. Deshalb fühle man sich zurückgesetzt; von den ausgesetzten Fonds sei der Provinz nichts zu Gute gekommen; den Aufwand für die Ostbahn könne man nicht hierher rechnen, da die Regierung diese Bahn aus vielen, nicht die Provinz berührenden Rücksichten gebaut habe; er frage deshalb: in welcher Art die Regierung im nächsten Jahre mit Eisenbahnbauten in Preußen vorzugehen gedenke, und zweitens, wie sich die Kosten der Vorarbeiten auf die einzelnen Provinzen vertheilen würden. Das sei bisher nicht gleichmäßig geschehen; von 93,000 Thlr., welche in den letzten drei Jahren für solche Vorarbeiten ausgegeben, seien auf die Provinz Preußen etwa nur 3000 Thlr. verwendet worden, und das habe die Provinz, die 1806 u. 1813 so viel gelitten und sich nur mit Mühe wieder gehoben, am wenigsten verdient, daß man sie so vernachlässige. (Bravo links.)

Reg.-Commissar: Die Ostbahn sei zu einer Zeit in Angriff genommen, als man ihre Rentabilität noch nicht erwartete; der Erfolg sei indessen ein überaus günstiger gewesen.

Was die Vorarbeiten betreffe, so seien dieselben für die kleineren Bahnen: Danzig-Neufahrwasser, Königsberg-Pillau, Insterburg-Tilsit in Angriff genommen. Für die übrigen Bahnen hätten die Kreise selbst die Kosten der Vorarbeiten zu übernehmen sich bereit erklärt. Er könne versichern, daß die Erweiterung des Eisenbahnnetzes der Provinz Preußen der Regierung am Herzen liege.

Abg. v. Hennig: Es sei angemessen, zu erwähnen, daß es nicht nur für die Provinz Preußen, sondern für das ganze Land vom größten Interesse sei, das Eisenbahnnetz zu erweitern. Schon jetzt könne der fruchtbarste Theil von Preußen, die von der Weichsel östlich gelegene Gegend, nicht mehr Getreide erzielen, als sie selbst nöthig habe. Er mache in dieser Beziehung das Haus auf die Denkschrift aufmerksam, welche von dem Comite in Thorn ausgegangen sei, woraus hervorgehe, daß der große Kornmarkt dem Verkehr geöffnet werden müsse. Die Stadt Memel sei durch das Eisenbahnsystem in Ostpreußen gegenüber Königsberg in einer üblen Lage, und schließe er sich den Ausführungen des Abgeordneten v. Forckenbeck an, indem er die Hoffnung hege, daß die Regierung ihr Versprechen halte.

Abg. v. Hoverbeck stimmt dem Gesagten bei, möchte aber bewirken, daß die Eisenbahnen nicht so bequem zu Stande kommen würden, wie Abg. Techow angegeben habe; die Eisenbahnen, die sich sehr gut verinteressiren würden, würden auf Staatsgarantien Anspruch machen. — Abg. Dr. Frese (Minden): Da hier von den Kosten der Voranschläge die Rede gewesen, so gedenke er dabei der Jadebahn. Er liebe zwar sonst Staatsbahnen nicht, bei dieser aber liege die rechtliche Verpflichtung durch einen Staatsvertrag vor, und so richte er an die Regierung die Frage, wie es mit dem Bau der Jadebahn stehe? — Der Regierungs-Commissar giebt eine Erklärung auf die Frage des Abg. ab, wonach die Vorarbeiten im Preußischen für die Strecke Dielingen-Herford beendet sind; im Oldenburgischen seien wegen der geringen Terrain-Schwierigkeiten keine Vorarbeiten nöthig; Hannover widerspreche noch dem Bau der Bahn. — Bei Kap. 22 (westfälische Bahn) empfiehlt Abg. Harkort die Bahn Soest-Hückeswagen-Köln. — Die einzelneu Kapitel und Titel der Einnahme werden genehmigt. — Bei Kap. 25 (Privat-Eisenbahnen) schildert Abg. Graf Bethusy-Huc die Kalamitäten der Provinz Schlesien durch Entziehung des Handels mit Krakau u. s. w., und knüpft daran den Wunsch, daß die Staatsregierung der Provinz dieselben Vortheile gewähren möge, wie den andern Provinzen. Der Staat habe dazu eine moralische Verpflichtung. (Während der Redner spricht, erscheinen in der Diplomatenloge in Begleitung des Legationsrathes Meier die Mitglieder der japanesischen Gesandtschaft. Dieselben werden vom Vice-Präsidenten Behrend und mehreren anderen Abgeordnrten in der Loge begrüßt). Der Redner empfiehlt den Bau einer Bahn nach Krakau.

Abg. v. Gottberg bemerkt, daß die hinterpommersche Eisenhahn nur rentiren werde, wenn sie so gebaut werde, wie sie ursprünglich projektirt worden; es spreche dafür, daß der Staat diese Bahn zuerst baue, die Gerechtigkeit und das Interesse des Staates. Die Bahn sei die wichtigste, die es gebe, weil sie das große nordische Reich mit den Handelsstädten verbinde, eben so liege es im strategischen Interesse, weil sie große Befestigungen verbinde.

Abg. Maibauer unterstützt diese Ausführungen, behauptet aber, daß die Strecke von Belgard nach Dirschau vortheilhafter für die Provinz sein werde.

Handelsminister v. Holzbrinck: Von allen Provinzen würden der Staatsregierung Vorwürfe wegen Vernachlässigung gemacht, und daraus folge wohl, daß die Klagen nicht ganz begründet seien. Die Regierung müsse nach einem bestimmten Plane verfahren und gehe nicht von fiskalischen, sondern von volkswirthschaftlichen Interessen aus. Die Regierung werde thun, was sie vermöge, sie hoffe auf Unterstützung des Hauses, und daß nicht unbegründete Eifersüchtelei die Absichten der Regierung durchkreuze.

Abg. Behrend (Danzig): Die hinterpommersche Bahn deute nicht auf einen wohldurchdachten Plan. Sie ende in Körlin, also in einer Sackgasse. Wolle man sie nun nach Stolp verlängern, so verlängere man nur den Sack, und das sei doch kein Vortheil. Wolle man sie verlängern, so müsse man eine bedeutende Stadt zum Endpunkte wählen, also z. B. Danzig (schallendes Gelächter).

Reg.-Commissar (unverständlich): Es sei allerdings einmal Plan gewesen, bis Danzig zu bauen, man behalte den Anschluß dieser Bahn an die Ostbahn im Auge.

Abg. Harkort: Man müsse das Monopol der bestehenden Bahnen brechen, das sei besser, als wenn der Staat Bahnen baue.

Abg. Reichenheim: Im Interesse der Landesvertretung und des Landes wünsche er den wohldurchdachten Plan der Regierung vorgelegt zu sehen, dann werde man das ganze Netz überblicken, die Rentabilität ermessen können und die Regierung würde bessere Verträge mit den Gesellschaften erzielen können.

Abg. v. Gottberg möchte diesen Plan schon vor der jetzigen Berathung vorgelegt sehen (Widerspruch), wenn dies möglich sei. Arme Provinzen, wie Pommern, würden bei freier Eisenbahn-Concurrenz zurückbleiben, da sich keine Privatgesellschaften finden würden.

Die betreffenden Titel und Anträge werden angenommen; es folgt der Titel wegen Vorarbeiten.

Abg. Leue: Jetzt müsse er auch die Provinz Sachsen in Schutz nehmen (große Heiterkeit) und die Frage der Göttingen-Heiligenstadt-Gothaer Bahn anregen. Es sei Preußens nicht würdig, die hannoverschen Chikane mit gleicher Münze zu bezahlen; er frage die Regierung, ob sie jetzt noch an den politischen Gesichtspnnkten festhalte, wie früher?

Reg.-Commissar (bleibt vollkommen unverständlich. Lebhafter Ruf: Lauter! Der Commissar erhebt einen Augenblick die Stimme und man versteht die Worte: Magdeburg-Wittenberger; dann sinkt die Stimme wieder zur Unhörbarkeit.). — Abg. Fellenberg für Fortsetzung der Halle-Nordhausener Bahn über Halle durch die Lausitz nach Görlitz; Abg. Zierenberg für die Bahn von Berlin nach Görlitz; Reg.-Commissar antwortet unverständlich.

Abg. Parrisius (Gardelegen): Die Regierung habe den militärischen und politischen Gesichtspunkt, nicht den volkswirthschaftlichen bei der vom Abg. Leue angeregten Eisenbahnfrage berücksichtigt.

Abg. Peterson frägt wegen der Bromberg-Posener Bahnverbindung an. — Reg.-Commissar scheint Verheißungen zu machen. — Die betreffenden Titel werden genehmigt. Folgt Titel: Bauten und Vermehrung der Betriebsmittel für Staats-Eisenbahnen. — Abg. Reichenheim monirt die der Saarbrücker Bahn für Kohlenwagen. Wie es möglich sei, daß bei einer kaum eröffneten Bahn eine Vermehrung von weit über eine Million Thaler für Betriebsmittel stattgefunden habe?

Minister-Commissar (bei der angestrengtesten Aufmerksamkeit abermals unverständlich). — Der betreffende Etat wird angenommen. — Bei der Ausgabe (Etat für 1863) kommt Abg. Klemann abermals auf die Bahn Belgard-Dirschau zurück und bittet die Staatsregierung, ihn darüber aufzuklären, ob sie, wenn das Project von dem Comite vorgelegt würde, dasselbe zu unterstützen geneigt sei.

Abg. Hummel erklärt, daß das Binnenland kein Interesse an der Küstenbahn habe; er verlangt, daß die Regierung dem Privatbau der bezeichneten Bahn keine directen Hindernisse in den Weg lege. Abg. Schmidt (Randow) für die Ermäßigung der Tarife auf der hinterpommerschen Bahn. — Bei dem Kapitel für die Central-Verwaltung beantragt die Commission: die für die Verbindung des Steinsalz-Bergwerkes zu Erfurt mit der thüringschen Bahn geforderten 130,000 Thlr. in der Voraussetzung zu genehmigen, daß diese Summe im Jahre 1864 von dem Salinenfonds an den Eisenbahnfonds erstattet werde. Abg. Osterrath beantragt die Bewilligung dieser Summe, ohne die von der Commission gestellte Voraussetzung, da der Zweck der Commission, eine Uebersicht über die Ueberschüsse des Salzwerkes, auch erreicht werde, wenn die Rückzahlung auch nicht erfolge. Abg. Peterson glaubt, daß die Commission im Interesse der Ordnung ganz correct verfahren sei. Abg. Kühne für den Antrag des Abg. Osterrath, weil es eine Ausgabe sei, die im Interesse der Salinen liege; der Dispositionsfonds des Handelsministers, aus dem die Summe gezahlt werden solle, sei gar nicht zu Neubauten von Bahnen bestimmt. Ref. Abg. v. Kirchmann stimmt dieser Bemerkung bei und fügt hinzu, daß die Commission geglaubt habe, der Ertrag der Bahn werde nicht zur Verzinsung des Anlage-Kapitals ausreichen. Der Commissions-Antrag wird angenommen. Die übrigen Anträge der Commission werden ebenso wie die einzelnen Positionen der Etats ohne weitere Diskussion genehmigt. Der Etat ist damit erledigt. (Während eines großen Theiles der vorstehenden Debatte herrscht im Hause lebhafte Bewegung und viel Geräusch; der Regierungs-Commissar scheint selbst im Hause kaum von den nächstsitzenden Abgeordneten verstanden zu werden; erst nachdem die Mitglieder der japanesischen Gesandtschaft die Diplomaten-Loge verlassen haben, stellt sich mehr Ruhe im Hause ein.)

Man geht hierauf zur Berathung der Gesetzes-Vorlage, betr. die schlesische Gebirgs- und die küstrin-berliner Bahn. Die erstere wird zuerst zur Debatte gestellt. Die vereinigten Commissionen für Handel und für Finanzen haben bekanntlich die Annahme des Gesetzes befürwortet.

Ref. Abg. Reichenheim: Die Vorlage habe bekanntlich einen eigenthümlichen Gang genommen, sie sei bereits durch die Comm. für Handel und Gewerbe verworfen gewesen, als das Haus sie nochmals dieser Commission und der Comm. für Finanzen und Zölle überwiesen habe. Die Majorität der Commission für Handel und Gewerbe sei der Ansicht gewesen, daß das in der Vorlage enthaltene Bahnproject auch durch Mitwirkung von Privaten zu Stande kommen könnte. Die Minorität dagegen und später die Majorität der vereinigten Commissionen sei von der Ansicht ausgegangen, daß bei der gegenwärtigen Lage der Eisenbahngesetzgebung, so lange nicht das Gesetz vom 3. Novbr. 1838 revidirt sei, das Capital der Privaten dem Eisenbahnbau sich nicht zuwenden werde und daß man im Interesse des Landes so lange nicht warten dürfe, bis dies geschehe. Er spreche die Erwartung aus, daß die Regierung sich über diese Reform den Wünschen der Commission entsprechend äußern werde. Abg. v. Vincke rügt es als zeitraubend und ermüdend, daß die Referenten trotz der ausführlichen schriftlichen Berichte und ihrer Befugniß, am Schluß der Debatte das Wort zu nehmen, am Eingang der Debatte einen längeren Vortrag zu halten pflegen, was in früheren Jahren nicht geschehen sei.

Der Präsident und der Abg. Reichenheim widersprechen der letzteren Behauptung, worauf der Abg. v. Vincke noch den Vorwurf der Persönlichkeit gegen den zeitigen Referenten ablehnt.

Handelsminister v. Holzbrinck: Der Referent habe den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung sich darüber äußere, ob sie zu einer Reform der Eisenbahngesetzgebung die Hand bieten wolle; es scheine ihm, daß in der jetzigen Zeit mehr an Gesetzen reformirt würde, als nöthig. Die Regierung verkenne nicht, daß die Eisenbahn-Gesetzgebung an manchen Uebelständen leide, insofern, als die seit 1838 gemachten eigenen Erfahrungen und ebenso die anderer Länder mit benutzt werden könnten. Indeß könnte eine Reform nur erfolgen, wenn positive, specielle Vorschläge gemacht würden. Die Andeutungen des Berichtes in dieser Beziehung werde er in sorgfältigste Erwägung ziehen, wie er denn überhaupt dem Prinzip der freien Concurrenz zugethan sei; ein Weiteres könne aber die Regierung nicht versprechen.

Abg. Graf Renard: Er wolle sein Votum gegen den Bau der Gebirgsbahn motiviren, weil er als schlesischer Abgeordneter bei der Frage stark betheiligt sei; einer Zinsgarantie würde er zustimmen; diese habe aber die Regierung verweigert. Privatgesellschaften könnten sich natürlich nicht bilden, wenn die Regierung die Concessionen in der Tasche behielte. (Ruf: sehr richtig!) Man habe zur Vertheidigung der Staatseisenbahnen angeführt, daß sie größere Sorgfalt für das Publikum böten in der Gewährung billiger Frachtsätze u. s. w. Er sei nun selbst bei der Verwaltung einer Staatseisenbahn betheiligt und habe von dieser rührenden Sorgfalt des Staates nichts bemerkt. Die Regierung setze in dieser Frage, wo das Prinzip mit dem materiellen Interesse in Conflict gerathe, dadurch, daß sie den Bau nur auf Staatskosten auszuführen erkläre oder gar nicht, dem Hause die Pistole auf die Brust. Auf diese Weise suche die Regierung die Verantwortung auf die Landesvertretung zu wälzen (bravo links). Er beklage sehr, daß durch die Nothehe der Commission für Handel und Gewerbe mit der für Finanzen und Zölle das Prinzip einer vernünftigen gesunden Eisenbahnpolitik wieder in Frage gestellt sei. Er finde es charakteristisch, daß die Regierung gerade seine heimathliche Provinz Schlesien zum Schauplatz ihrer Experimente ausersehen habe. Schlesien habe nur zwei Eisenbahnen, die nicht unter der Verwaltung des Staates ständen: die Oppel-Tarnowitzer und die Breslau-Schweidnitzer Bahn.

Würde der Bau der Gebirgsbahn nun genehmigt, so wäre die Zeit nicht mehr fern, wo auch diese Eisenbahnen in den Abgrund der Staatsverwaltung stürzten, der dann sämmtliche schlesische Eisenbahnen verschlungen haben würde. Dann würde allerdings in Schlesien das Eisenbahn-Eldorado des früheren Handelsministers geschaffen sein. Auf diese Weise würde denn auch der so nothwendige Bau einer Bahn am rechten Oderufer ad calendas graecas vertagt sein. Er bitte, endlich einmal durch Verwerfung der Vorlage der Ausbeutung der gewerbe- und handeltreibenden Bewohner Schlesiens ein Ende zu machen. Es sei allerdings beklagenswerth, daß dann augenblicklich die Bahn nicht zu Stande komme; er hoffe indeß, daß nach den Erklärungen des Handelsministers die Zeit nicht fern sei, wo sich die Regierung der Forderung der freien Concurrenz auch für den Eisenbahnverkehr nicht länger verschließen werde. Magna est veritas et praevalebit. — Abg. Fliegel (Hirschberg) bleibt bei dem anhaltenden Geräusch im Hause auf der Tribüne durchaus unverständlich; aus der Rede ist nur zu entnehmen, daß der Abg. für den Comm.-Antrag spricht und eine Geschichte der Hindernisse giebt, die dem seit 1843 projectirten Bau der schlesischen Gebirgsbahn im Wege gestanden haben.

Abg. Michaelis: Es handle sich nur um die Frage, ob eine Staatsbahn oder gar keine Bahn; das Haus habe keine andere Entschließung. Durch diese Erklärung der Regierung sei das Haus in eine schwierige Lage versetzt. Sein Standpunkt sei, der Regierung den Bau einer Bahn auf Staatskosten zu verweigern. Einmischung in den Industrie-Betrieb, Theilnahme an der Concurrenz seitens des Staates würden allgemein verdammt. In dieser Frage träte aber diesem anerkannten Grundsatze die Sorge für die nothwendige Entwickelung unseres Eisenbahnnetzes entgegen. Bei einem Wegfalle der Concurrenz des Staates würde ohne Zweifel diese Entwickelung nur gewinnen, wenn der Staat zugleich die Schwierigkeiten der Concessionirung aufhöbe. Die Concurrenz der Linien untereinander werde die einzige, beste Hüterin gegen das sogenannte natürliche Monopol des Eisenbahngesetzes sein. Man führe für die Staatsbahnen an, daß sie dem Publikum billigere Transportmittel gewähren, und er erkenne an, daß in neuester Zeit viel in dieser Beziehung geschehen sei. Es sei aber bereits erwähnt, daß eine Staatseisenbahn nur nach bureaukratischen Reglements verwaltet werden könne; eine Privateisenbahngesellschaft dagegen dabei kaufmännischen Grundsätzen folge, eine solche werde aber die Transportmittel jedenfalls wohlfeiler stellen können, wie die Natur der Sache ergebe, da sich der Preis nach den allgemeinen Verkehrsverhältnissen gestalte. Das Haus, wenn es auch jetzt der Vorlage der Regierung zustimme, müsse endlich einen Schritt thun, um die Regierung von dem bisherigen System der gemischten Eisenbahnpolitik abzulenken.

Die schlesische Gebirgsbahn solle in die niederschlesisch-märkische Eisenbahn einmünden; er habe sich nicht überzeugen können, daß sich für diese Bahn nicht eine Privatgesellschaft gefunden hätte, zumal wenn man ihr zugleich die Konzession zum Bau einer Bahn von Görlitz nach Berlin gewährt hätte. Die Bahnen Schlesiens sämmtlich in die Hände des Staates zu geben, könne er sich nicht entschließen. Er wolle in dieser eigenthümlichen Lage das Haus nicht auffordern, sich seinem Standpunkte anzuschließen, wünsche aber, daß das Haus seinem Antrage zustimme, der die Regierung auffordere, für die Zukunft das Haus nicht in die Nothwendigkeit zu versetzen, die Mittel für eine Eisenbahn auf Staatskosten zu bewilligen, oder gegen die Bahn überhaupt zu stimmen. Der Antrag laute: „Das Haus wolle beschließen: die Erwartung auszusprechen, 1) daß die k. Staatsregierung den eigenen Bau und Betrieb von Eisenbahnen durch den Staat künftig nur noch da für zulässig erachten werde, wo dies durch allgemeine politische Rücksichten, oder durch die besonderen Verhältnisse der einmal bestehenden Staatsbahnen vollständig und unzweifelhaft gerechtfertigt ist; 2) daß die k. Staatsregierung durch eine von allen monopolistischen Rücksichten freie Politik bei Conzessionirung von Privatbahnen, ferner durch eine, Rechte und Pflichten der Eisenbahn-Gesellschaften völlig sicherstellende, Reform des Eisenbahn-Gesetzes vom 3. November 1838 den Unternehmungsgeist für Eisenbahnbauten entfesseln werde." Zum ersten Antrage bemerke er, daß unter den allgemeinen politischen Rücksichten namentlich militärische zu verstehen seien; was den zweiten Antrag betreffe, so halte er das Eisenbahngesetz von 1838 für ein büreaukratisches Wunderwerk, dasselbe sei ein rein theoretisches Gesetz, das in einer Zeit entstanden sei, wo erst eine einzige Eisenbahn in Preußen existirt habe.

Aus dem Aufsichtsrecht des Staats, das er proclamire, seien nun eine Reihe Verfügungen entstanden, die, wie z. B. das auf § 24 des Gesetzes basirte Verlangen der Erneuerungsfonds schließlich das Gefühl der Unsicherheit in die Kapitalisten hineingetragen und sie von der Betheiligung an den Eisenbahnen zurückgeschreckt habe. Eine Reform der Eisenbahngesetzgebung sei daher im Interesse des Eisenbahnverkehrs durchaus nöthig. Er hoffe nicht, daß jetzt schon seine Principien zur Geltung kommen würden; durch Annahme seines Antrags, durch gründliche Erörterung des Princips im Hause, wodurch auch die Frage in das Land dringe, solle das Haus den Weg zum Besseren ebnen, und zur Anbahnung einer vernünftigen, auf dem Princip der freien Concurrenz basirenden Eisenbahnpolitik die Hand bieten. (Bravo.)

Ueber die geschäftliche Behandlung der Michaelis-Lette'schen Resolution entsteht eine sehr ausgedehnte und vielfach hin und her gehende Debatte, bei der die Abg. Wachler, Stavenhagen, Osterrath, Karsten die Verweisung an eine Commission befürworten, während die Abg. Lette, Faucher, Schulze (Delitzsch) und Michaelis die sofortige Berathung der Resolution, als eines mit der Hauptfrage noch in Verbindung stehenden Amendements oder Zusatz-Antrages für gerechtfertigt erachten; der Abg. Michaelis bemerkt unter dem Beifall der Linken, er habe seine Resolution nur gestellt, um vielen Mitgliedern des Hauses die Annahme der Vorlage zu erleichtern; eine Zurückweisung an die Commission würde dies erschweren. Der Antrag auf Zurückweisung an die Commission wird abgelehnt, und die Generaldiscussion im Zusammenhange mit der Michaelisschen Resolution fortgesetzt.

Abg. Dr. Ziegert: Er glaube, daß die Vorlage eine Menge von politischen Gegnern habe. Viele erblicken in der Action der Regierung auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete ein Ablenken; er constatire, daß das politische Mißtrauen, welches er als ein vulgäres bezeichnen müsse, sich in der Comm. nicht geltend gemacht habe; die Comm. habe sich ganz objectiv verhalten, und das Abg.-Haus habe sich in anderen Fragen auch nur durch das Wohl des Landes leiten lassen. Schwieriger werde die Abfindung mit den volkswirthschaftlichen Gegnern sein. Man behaupte, daß der Staat durch seine Bauten die Privat-Industrie zurückhalte, und deßhalb müsse dem bisherigen Gange ein Ende gemacht werden. Er lasse diese Bedenken dahingestellt sein, obwohl er sie in einigen Beziehungen theile. Rauch habe sich in seinen Werken gerade für den Bau der Eisenbahn auf Staatskosten ausgesprochen, indem er ausgeführt habe, daß die Staatsbahnen leichter im höheren volkswirthschaftlichen Interesse und im Staats-Interesse eingerichtet werden könnten. Es könne nicht behauptet werden, daß durchweg mit dem System der Staatsbahnen durchzukommen sei, ferner wisse man recht gut, daß das sogenannte gemischte System in Preußen viele Besserungen herbeigeführt habe. Diese Frage der National-Oekonomie, der Streit, der hier entstanden sei, könne hier nicht entschieden werden; es müsse vielmehr die Vorlage in ihrer Bedeutung selbstständig gewürdigt werden, nie könne den staatlich-wirthschaftlichen Dingen Halt geboten werden durch theoretische Bedenken. Die Annahme des Handelsvertrages habe es dem Hause zur Pflicht gemacht, für die weitere Entfesselung des gewerblichen Lebens, für die Entwickelung der volkswirthschaftlichen Interessen durch Resolutionen einzutreten, und erkläre er sich für die Resolution.

Abg. v. Gottberg stellt das Unter-Amendement in dem Antrage Michaelis-Lette statt „durch die besonderen Verhältnisse" — zu setzen „durch die sonstigen besonderen Verhältnisse". — Das Unter-Amendement wird genügend unterstützt. — Es wird Vertagung beantragt und angenommen.

Vicepräsident Behrend schließt die Sitzung um 3 Uhr. Nächste Sitzung Freitag um 10 Uhr. T.-O.: Fortsetzung der heutigen.

Berlin, 31. Juli. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem Kreis-Physikus Dr. Hirschfeld zu Angerburg und dem Stadtrath Hortzschansky zu Görlitz den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Rentier und Kirchenvorsteher Christian Gesche zu Wrechow im Kreise Soldin und dem Chaussee-Aufseher Johann Ruths zu Geesow im Kreise Randow das allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Unteroffizier Staerke vom 2. Garde-Regiment z. F. die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; die Wahl des Oberlehrers am Gymnasium in Neu-Ruppin, Professors Dr. Kämpf, zum Director des Gymnasiums und der Realschule in Landsberg a. W. zu bestätigen; und dem Kreis-Physikus Dr. Pianka in Goldapp den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Der Gymnasial-Lehrer Dr. Hosius zu Münster ist zum außerordentlichen Professor für das Fach der Geognosie und Mineralogie an der dortigen Akademie ernannt worden.

Am Gymnasium zu Greifswald ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Langguth zum Oberlehrer genehmigt worden.

Der praktische Arzt ꝛc. Dr. Tersteße zu Büren ist zum Kreis-Wundarzt des Kreises Büren ernannt worden. (St.-Anz.)

[Vom Hofe.] Se. Maj. der König trafen heute Vormittags um ¾11 Uhr von Schloß Babelsberg hier ein und nahmen die Vorträge des Kriegsministers, des General-Majors und General-Adjutanten von Alvensleben und des Staats-Ministers Grafen v. Bernstorff entgegen.

Se. k. Hoheit der Kronprinz beabsichtigte gestern zu einer Truppenbesichtigung von Potsdam nach Berlin zu kommen, gab aber die Fahrt auf, da die Entbindung seiner erlauchten Gemahlin stündlich erwartet wurde. Der englische Geburtshelfer Loccocq verweilt bereits seit einigen Wochen im neuen Palais zu Potsdam, und auch die Amme, eine junge Landfrau aus Meißen bei Minden, ist bereits dort anwesend. — Auch am großh. Hofe zu Karlsruhe wurde schon gestern der Niederkunft Ihrer k. Hoheit der Frau Großherzogin Luise entgegengesehen.

Heute Vormittag um 10 Uhr fand im Ministerzimmer des Abgeordnetenhauses eine Sitzung des Staatsministeriums statt.

Der englische Gesandte Lord Loftus, welcher sich bei den vorhergehenden Entbindungen Ihrer k. Hoheit der Frau Kronprinzessin in Höchstderen Nähe befand, um Akt von dem Familienereigniß zu nehmen und seiner Souverainin, Ihrer Majestät der Königin Victoria, hierüber sofort Bericht zu erstatten, befindet sich auch jetzt bereits seit einigen Tagen im neuen Palais, ebenso seine Gemahlin. Die Amme, welche für das zu erwartende prinzliche Kind bestimmt ist, traf heute Morgen nebst ihrem Kinde von Minden in Westfalen zu Potsdam ein.

[Die japanesischen Fürsten] wohnten heute Vormittags mit dem übrigen Gesandtschaftspersonale den Exercitien der Feuerwehr bei und besuchten darauf das Waarenlager der Gebrüder Gerson. Mittags fuhren die Fürsten mit ihren Begleitern nach dem bei Schöneberg gelegenen botanischen Garten und verweilten darauf längere Zeit in der königlichen Porzellan-Manufactur. Drei Mitglieder der Gesandtschaft hatten sich in das Abgeordnetenhaus begeben. Heute Abends werden die Gäste Sr. Maj. des Königs, wie schon gemeldet, das Friedrich-Wilhelmstädtische Theater besuchen und morgen Vormittags fahren sie wieder nach Potsdam, um außer den übrigen Sehenswürdigkeiten auch mittelst Dampfschiffes die Pfaueninsel in Augenschein zu nehmen. Am Sonnabend Vormittags begeben sich die japanesischen Fürsten mit ihren Offizieren nach dem Artillerie-Schießplatze bei Tegel und nach dem Diner machen sie dem Kroll'schen Etablissement ihren zweiten Besuch.

Berlin, 31. Juli. Die „Sternztg." schreibt: Der wiener „Botschafter", der es sich zur besonderen Aufgabe gemacht zu haben scheint, die abenteuerlichsten Erfindungen zu verbreiten, sobald sie auf Preußen einen Flecken zu werfen geeignet sind, glaubt in der Dinstagsnummer der Urtheilskraft seines Leserkreises das abgeschmackte Mährchen aufbinden zu dürfen, daß die preußische Regierung sich nur durch eine Drohung des turiner Kabinets habe bewegen lassen, den italienischen Königstitel anzuerkennen. Das turiner Kabinet habe nämlich ein Ultimatum nach Berlin gesandt und der preußischen Regierung einfach die Wahl gestellt zwischen der Anerkennung Italiens oder dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen; hierdurch sei Preußen dermaßen eingeschüchtert worden u. s. w.

Da die Depeschen, welche den Gang der Verhandlungen in Betreff der Anerkennung deutlich erkennen lassen, der Oeffentlichkeit übergeben und unzweifelhaft auch dem „Botschafter" bekannt sind, — so glauben wir mit seiner Zustimmung die Verbreitung der eben erwähnten handgreiflichen Unwahrheit nicht auf das Conto seiner mangelnden Einsicht setzen zu dürfen. Es bleibt uns vielmehr nur übrig, sie als einen höchst auffälligen Beweis eines ohnmächtigen und blinden Preußenhasses zu betrachten, der sich so wenig Schranken aufzuerlegen weiß, daß er bei seinen verleumderischen Erfindungen selbst die Rücksicht auf notorische und noch in frischer Erinnerung stehende Thatsachen ohne Scheu bei Seite setzt."

In Bezug auf die überraschende Schnelligkeit, mit welcher die österreichische Regierung die (in unserem heutigen Morgenblatt mitgetheilte) Depesche des Gr. Rechberg betreffs des Zollvereins der Oeffentlichkeit übergeben hat, sagt die „Sternztg.": „Diese Depesche ist gestern, am 30sten, der hiesigen Regierung mitgetheilt worden. Nichtsdestoweniger läßt sich der wiener „Botschafter" den Inhalt derselben schon am 28. Juli durch eine angebliche telegraphische Depesche aus Berlin melden. Die wahrhaft überraschende Eile, mit welcher dem „Botschafter" und anderen aus derselben Quelle schöpfenden wiener Blättern ihre Information zugestellt wird, ist hier nicht unbemerkt geblieben."

Berlin, 31. Juli. [Disziplinaruntersuchung gegen Herrn v. Zedlitz.] Die „Ger.-Z." schreibt: Bald nach der Dispositionsstellung des früheren Polizeipräsidenten v. Zedlitz wurde bekanntlich behauptet, daß die gegen ihn wegen der vielerwähnten Pferde-Austausch-Angelegenheit eingeleitete Disziplinar-Untersuchung nicht weitergeführt, vielmehr niedergeschlagen worden sei, weil sich Momente, welche zur Erhebung einer Anklage geeignet wären, nicht herausgestellt hätten. Wir können jetzt dieser Nachricht ausdrücklich widersprechen. Es ist das Disziplinarverfahren auf den eigenen und ausdrücklichen Wunsch des Hrn. v. Zedlitz nicht niedergeschlagen worden. Er hat um ein richterliches Urtheil gebeten, damit seine Unschuld vollständig auch in den Augen der Welt, die ihn so heftig angegriffen, erwiesen werde. Es ist deshalb, und da man einem solchen Wunsche eines Beamten stets Rücksicht zu Theil werden läßt, nach beendeter Voruntersuchung die Anklage gegen den früheren Polizei-Präsidenten erhoben worden, und es wird die Verhandlung in einer der ersten Sitzungen nach den Gerichtsferien vor dem Disciplinar-Gerichtshofe vor sich gehen. Das öffentliche Ministerium soll nach der uns zugegangenen Nachricht durch den Geheimen Regierungsrath Noah in dieser Anklagesache vertreten werden.

Stettin, 31. Juli. [Zur Feier des 60jährigen Geburtstages Waldeck's] war heute auf vielen Häusern der Stadt die schwarz-roth-goldene Fahne aufgezogen.

Oesterreich.

Wien, 30. Juli. [Herwegh in Oesterreich.] Die „Wien. Ztg." meldet: Einige Blätter berichten von einer Beschwerde, welche der Dichter Herwegh beim Bundesrathe der Schweiz über das Verbot Oesterreichs, dessen Staaten zu betreten, erhoben habe. So viel wir wissen, hatte sich allerdings eine Schwierigkeit bei Ertheilung des Paßvisa ergeben, Herr Herwegh hat jedoch bald die Verständigung erhalten, daß der von ihm beabsichtigten Reise nach Karlsbad kein Hinderniß entgegenstehe, und wie wir glauben, ist er bereits in Karlsbad oder auf dem Wege dahin, so daß es durchaus nicht einer Intervention des Bundesrathes bedürfen wird. Uebrigens hat Herr Herwegh bekanntlich im vorigen Jahre längere Zeit in Wien verweilt.

Italien.

Turin, 27. Juli. Ueber Garibaldi ist man noch bei Weitem nicht beruhigt, wenn auch die hier über ihn circulirenden Gerüchte mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. Man will unter Anderem wissen, er habe fünf größere Kauffahrteischiffe im Geheimen gekauft oder gemiethet, die gegenwärtig in der Ausrüstung begriffen seien. Garibaldi weiß natürlich sehr wohl, was der Zweck der italienischen und französischen Kreuzer in den sicilianischen Gewässern ist, aber er ist nicht der Mann, sich durch so etwas abschrecken zu lassen, vielmehr hat ihn die Ueberwachung, unter die man ihn gestellt hat, in eine noch gereiztere Stimmung versetzt. Herr Pillet, der französische General-Consul in Palermo, hatte zuletzt mit Pallavicino alle Beziehungen abgebrochen und beobachtet auch jetzt noch eine drohende Haltung. Er berichtet sehr eifrig nach Paris und hat so eben noch einen Attaché mit wichtigen Depeschen an seine Regierung gesandt. — Wie man hier aus Madrid erfährt, haben sich die Conjuncturen für Italien wieder ungünstiger gestellt; der Einfluß der Schwester Patrocinio scheint die Anerkennungsfrage wieder bei Seite geschoben zu haben. (K. Z.)

Rußland.

St. Petersburg, 23. Juli. [Für das Projekt einer Eisenbahnverbindung zwischen Warschau und Danzig], welches neulich bei einer Adelsversammlung in Plozk wieder angeregt wurde, hat sich ein Comite gebildet. Die Explorationen durch Ingenieure haben begonnen; die Linie ist von Praga über Mlawa nach Marienburg und Danzig angenommen. Das Gründungs-Comite hat sich bereits an das königl. preußische Ministerium gewendet, um die Erlaubniß zu den Explorationen auf der Strecke Mlawa-Marienburg nachzusuchen.

Warschau, 29. Juli. [Polizeiliche Maßregel.] Der functionirende Oberpolizeimeister macht in öffentlicher Bekanntmachung darauf aufmerksam, daß nach den gegenwärtig geltenden Vorschriften Niemand sich ohne Anmeldung bei der Polizeibehörde in Warschau aufhalten darf, daß, wer auf seinem Passe das polizeiliche Visum zum Beweise der geschehenen Meldung nicht aufzeigen kann, nicht aus der Stadt gelassen wird, und daß die genaue Beobachtung dieser Förmlichkeiten den Polizei-Commissären auf den Bahnhöfen und den Revisoren an den Schlägen der Stadt auf das Strengste eingeschärft ist.

Amerika.

Mexico. Ueber die Lage der Franzosen sagt ein Brief in der „Times", der aus Veracruz, 2. Juli, datirt ist: Die Franzosen haben sich, 4—5000 Mann stark, in Orizaba eingeschlossen und gut befestigt. Das Gerücht ging, daß der Expräsident, General Commonfort, aufgefordert worden sei, das Commando der mexicanischen Armee zu übernehmen, was eine vortreffliche Maßregel wäre. Die Besatzung in Orizaba litt sehr von der Ruhr, und es lagen ungefähr 700 Kranke im Spital, von denen durchschnittlich 5 oder 6 täglich starben. Die Truppen schienen über den General Lorencez und Herrn v. Saligny gleich aufgebracht und die Disciplin hatte gelitten. Die Mannschaften des Generals Marquez, des Alliirten der Franzosen, rissen stark aus, und da sie die ganze Kavallerie der französischen Streitmacht bilden, so ist das für die Franzosen nicht erfreulich. Ihre Zahl wird auf 1400 Mann Reiterei und ungefähr 1000 Guerillas geschätzt. Obgleich unter der Bevölkerung im Allgemeinen Apathie herrscht, sind doch alle Meinungen gegen die clericale Partei, deren Mitglieder als Verräther verdammt werden.

Breslau, 1. Aug. [Diebstähle.] Gestohlen wurden: Ohlauerstraße Nr. 70 ein Ueberzieher von blauem Ratine mit schwarzblauem Sammet-Kragen und ein schwarzer Tuchrock; auf dem Neubau Graben Nr. 16 ein Drillichrock, eine braune gestrickte Unterjacke, ein Paar weiße Leinwandhosen, ein Paar braune Socken, ein buntes Schnupftuch, ein Paar Holzpantoffeln, ein grauer Sack, einige Stück Brodt und Butter; Albrechtsstraße Nr. 38 drei braune gestreifte Frauenröcke ohne Taillen; Junkernstraße Nr. 27 ein Stück gestreifter Bukskin, drei bis vier Ellen lang.

Abhanden gekommen ist am 26sten d., Abends, auf dem Wege von der Ohlauer-Straße nach der Schuhbrücke, eine kleine blau und weiß karrirte Brieftasche in Buchform, enthaltend 100 Thaler in Kassenanweisungen zu 10 und 5 Thaler, ein Serviszettel für Juni und zwei Rezepte.

Verloren wurde: eine braunlederne Reisetasche mit grünem Strippen-Bande, in welcher sich ein Paar schwarze Hosen, eine schwarze Atlasweste, ein Hemde, eine Kleiderbürste und mehrere religiöse Schriften befanden.

Gefunden wurden: drei Stück Schlüssel, ein braunledernes Portemonnaie mit circa 20 Sgr. Inhalt.

Angekommen: Ihre Excell. Frau Wirkliche Geheime Staatsrath von Roberti aus Odessa. Ihre Durchlauchten Fürst und Fürstin zu Carolath-Beuthen aus Carolath. (Pol.-Bl.)

Liegnitz, 26. Juli. [Personalien.] Es wurde bestätigt: die Vocation für den Candidaten des höheren Schulamtes Dr. A. Klinger zum ersten ordentlichen Lehrer an der Realschule in Landeshut, für den Hilfslehrer G. Rößler in Schosdorf zum evangel. Schullehrer in Steinseiffen, Kreis Hirschberg, für den Lehrer R. F. Jäschke an der evang. Schule in Södrich, Kreis Hirschberg, für den bisherigen Hilfslehrer B. Raffel zum Elementarlehrer an den evangelischen Schulen in Grünberg. — Es wurden ernannt: die ordentlichen Lehrer Fährmann und Dr. Meyer am Gymnasium zu Bunzlau zu etatsmäßigen Oberlehrern.

Breslau, 31. Juli. [Wollbericht.] Im Laufe dieses Monats sind auf hiesigem Platze circa 3800 Centner Wolle aller Gattungen verkauft worden. Preise blieben denen des verflossenen Monats gleich. Käufer waren vornehmlich Tuchfabrikanten und Spinner, auch Händler aus der Provinz und dem Zollverein, nächstdem wurde Mehreres für österreichische, französische und englische Rechnung genommen.

Unsere Bestände, die sich durch fortdauernde Zufuhren aus Polen, sowie durch die im nächsten Monat beginnenden starken Zufuhren diesjähriger russischer Wollen häufen, werden in allen Woll-Gattungen eine große Auswahl bieten.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Breslauer Sternwarte.

31. Juli 10 U. Abds.	27 10,89	+11,7	W. 1.	Trübe.
1. Aug. 6 U. Morg.	27 10,76	+10,0	N. 0.	Heiter.

Wasserstand.

Breslau, 1. Aug. Oberpegel: 13 F. — 3. Unterpegel: 1 F. — 3.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 31. Juli, Mittags 1½ Uhr. 3proz. Rente 68, 65. Credit-mobilier 832. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 490.

London, 31. Juli, Nachm. 3 Uhr. Schönes Wetter. Consols 94⅛. 1proz. Spanier 44½. Mexikaner 28½. Sardinier 84½. 5proz. Russen 96½. 4½proz. Russen 93½.

Wien, 31. Juli, Mitt. 12 Uhr 30 Min. Börse ziemlich fest. 5proz. Metall. 71, 15. 4½proz. Metall. 62, 50. Bank-Aktien 800. Nordbahn 198, —. 1854er Loose 90, 75. National-Anleihe 82, 40. Staats-Eisenb.-Aktien-Cert. 244, 50 Creditaktien 215, 40. London 125, 70. Hamburg 93, 80. Paris 49, 80. Gold —, —. Silber , . Böhmische Westbahn 157, 25. Lombardische Eisenbahn 284, —. Neue Loose 130, —. 1860er Loose 91, 70.

Frankfurt a. M., 31. Juli, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Die Ultimo-Regulirung geht leicht von statten. — Schluß-Course: Ludwigshafen-Bexbach 137¼. Wiener Wechsel 93½. Darmstädter Bankaktien 220½. Darmst. Zettelbank 249. 5prz. Met. 56⅛. 4½prz. Met. 49⅜. 1854er Loose 71¼. Oesterr. National-Anleihe 64¼. Oesterr.-Franz. Staats-Eisenb.-Aktien 228½. Oest. Bank-Antheile 747. Oesterr. Credit-Aktien 200. Neueste österr. Anleihe 73⅞. Oesterr. Elisabet-Bahn 122. Rhein-Nahe-Bahn 32. Mainz-Ludwigshafen Litt. A. 129⅜.

Hamburg, 31. Juli, Nachm. 2 Uhr 30 M. Fest bei ziemlichem Geschäft. — Schluß-Course: National-Anleihe 65. Oesterr. Credit-Aktien 85. Vereinsbank 102 Nordd. Bank 98. Rheinische 95¾. Nordbahn 64¼. Disconto 2½. Wien —, —. Petersburg —.

Hamburg, 31. Juli. [Getreidemarkt.] Weizen loco still und niedriger, ab auswärts flau. Roggen loco stiller, ab Ostsee unverändert und geschäftslos. Oel pr. Oktbr. 28¼, pr. Mai 27⅞. Kaffee, 2000 Sack Domingo zu 7⅝, 1000 Sack Rio verkauft. Der Umsatz in dieser Woche beträgt 28,000 Sack.

Berlin, 31. Juli. Die Monatsliquidation verlief ruhig bei willigem Geldmarkte, und nebenher zeigte sich heute eine so überaus feste Stimmung und eine so rege Frage für eine größere Anzahl von Papieren, daß wir die Börse als eine animirte mit steigender Coursrichtung zu bezeichnen haben. Der für einzelne, namentlich für oberschlesische Actien hervortretende dringende Begehr raubte dem Verkehr ab und zu den Charakter ruhiger Entwickelung und machte es besonders schwierig, die wirklich angelegten Course zu ermitteln. Wir haben in diesen Fällen uns deshalb lediglich an die amtliche Notiz halten müssen, und lassen die nöthigen Bemerkungen hierzu weiter unten folgen. Einer besonderen Theilnahme erfreuten sich heute unter den Creditpapieren: Darmstädter; unter Eisenbahnen: Köln-Mindener, Oberschlesische A. und C., Rheinische, Lombarden, Stargard-Posener und zum Theil auch Mainzer, von den leichten Actien: Brieg-Neisser, Nordbahn und Mecklenburger. Fast für alle Genannten machte sich besonders rege Frage bemerkbar, ohne daß überall sich der Geschäftsumsatz zu angemessenem größeren Umfange gestaltete. Von den österreich. Papieren waren die sonstigen Spekulationsdevisen nicht sehr beachtet, nur neueste Loose schlossen sich der Bewegung einigermaßen an, fremde Fonds blieben fest, ohne beträchtliches Geschäft; preuß. Fonds zeigten sich gut behauptet. (B. u. H.-Z.)

Berliner Börse vom 31. Juli 1862.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	102⅜ bz.
Staats-Anl. v. 1850, 52	4½	100 bz.
dito 54, 55, 56, 57	4½	102⅞ bz.
dito 1853	4	100 bz.
dito 1859	5	108½ bz.
Staats-Schuld-Sch.	3½	91 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	125 bz.
Berliner Stadt-Obl.	4½	102⅞ G.
Pfandbriefe: Kur- u. Neumärker	3½	93¼ G.
dito dito	4	102 bz.
Pommersche	3½	92¼ bz.
dito neue	4	101¾ bz.
Posensche	4	104¾ G.
dito	3½	99⅛ G.
dito neue	4	99¼ bz.
Schlesische	3½	94½ G.
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärker	4	100½ G.
Pommersche	4	100⅜ bz.
Posensche	4	100 bz.
Preussische	4	100¼ bz.
Westf. u. Rhein.	4	100¼ bz.
Sächsische	4	100¾ bz.
Schlesische	4	100¾ G.
Louisdor	—	109⅞ bz.
Goldkronen	—	9. 6¾ G.

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metall	5	57⅜ bz.
dito 54r Pr.-Anl.	4	73½ B.
dito neue 100 fl.-L.	—	70 B.
dito Nat.-Anleihe	5	66¼ bz.
dito Bankn. n. Whr.		80⅝ bz.
Russ.-engl. Anleihe	5	94¼ G.
dito 5. Anleihe	5	87¼ B.
dito poln. Sch.-Obl.	4	83¼ etw. bz.u.G.
Poln. Pfandbriefe	4	— — —
dito III. Em.	4	87½ bz.u.G.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	93 B.
dito à 300 Fl.	5	94¾ G.
dito à 200 Fl.	—	23½ G.
Poln. Banknoten	—	87½ bz.u.G.
Kurhess. 40 Thlr.	—	57 bz.
Baden 35 Fl.	—	31¾ B.

Actien-Course.

	Div. 1861	Z.-F.	
Aach.-Düsseld.	3½	3½	85½ etw. bz.u.G.
Aach.-Mastricht.	3½	4	34¾ bz.
Amst.-Rotterdam	5 1/18	4	91 bz.
Berg.-Märkische	6½	4	110¾ bz.
Berlin.Anhalter	8¼	4	139¾ bz.
Berlin-Hamburg.	6	4	119¼ B.
Berl.-Potsd.-Mgd.	11	4	217½ bz.
Berlin-Stettiner	7 1/12	4	129½ bz.u.G.
Breslau-Freibrg.	6⅞	4	129½ bz.
Cöln-Mindener	12¼	3½	179½ à 180 bz.
Franz. St.-Eisenb.	6 7/10	5	130¾ bz.
Ludw.-Bexbach	8	4	137 bz.
Magd.-Halberst.	22½	4	328 bz.u.G.
Magd.-Wittenbrg.	1⅙	4	45 bz.
Mainz.-Ludw. A.	7	4	129 bz.
Mecklenburger	2⅞	4	60¾ à 61¼ bz.
Münster-Hammer	4	4	98 B.
Neisse-Brieger	3½	4	77½ bz.
Niederschles.	4	4	99¼ bz.
N.-Schl. Zweigb.	1½	4	75 G.
Nordb. (Fr.-W.)	3	4	64⅞ à 65⅜ bz.
dito Prior	—	4½	— — —
Oberschles. A.	7 3/15	3½	159 bz.
Oberschles. B.	7 3/15	3½	138½ bz.
dito C.	7 3/15	3½	159 bz.
dito Prior A.	—	4	— — —
dito Prior B.	—	3½	— — —
dito Prior C.	—	4	— — —
dito Prior D.	—	4	97¼ G.
dito Prior E.	—	3½	85½ B.
dito Prior F.	—	4½	101⅜ G.
Oppeln-Tarnow.	⅝	4	49⅜ bz.
Prinz-W. (St.-V.)	½	4	59¼ B.
Rheinische	5	4	96¾ à 97¼ bz.
dito (St.) Pr.	—	4	101¾ bz.
dito Prior	—	4	93¾ bz.
dito III. Em.	—	4½	99¼ bz.
Rhein-Nahebahn	—	4	30⅝ bz.
Ruhrort-Crefeld.	3 1/4	3½	91¾ etw. bz.
Starg.-Posener	4	3½	106 bz.u.G.
Thüringer	6⅔	4	126¼ bz.
Wilhelms-Bahn.	—	4	56½ G.
dito Prior	—	4	91¾ G.
dito III. Em.	—	4½	— — —
dito Prior St.	—	4½	93¼ B.
dito dito	—	5	96 B.

Preuss. u. ausl. Bank-Actien.

	Div. 1861	Z.-F.	
Berl. K.-Verein	5 11/12	4	115¾ G.
Berl. Hand.-Ges.	5	4	95 bz.
Berl. W.-Cred.-G.	—	5	— — —
Braunschw. Bank	4	4	82 B.
Bremer „	5⅝	4	103½ B.
Coburg. Credit A	3	4	76 bz.
Darmst. Zettel-B.	8⅝	4	100⅜ bz.
Darmst. Credb.A.	5	4	89 bz.
Dess. Creditb. A.	—	4	4¾ bz.
Disc.-Cm.-Anthl.	6	4	— — —
Genf. Creditb. A.	—	4	46¾ bz.
Geraer Bank	5¾	4	93 G.
Hamb.Nord.Bank	5	4	97⅛ G.
„ Ver.-Bank	5 1/12	4	101½ G.
Hannov. „	4½	4	99⅞ G.
Leipziger „	3	4	77¾ G.
Luxembrg. „	10	4	99½ G.
Magd. Priv. „	4 1/6	4	90½ G.
Mein. Creditb. A.	6	4	93¼ bz.
Minerva Bgwk.A.	—	5	35 bz.
Oester.Creditb.A.	7¾	5	85¾ à 86 bz.
Pos. Prov.-Bank	5 11/12	4	97⅞ bz.
Preuss. B.-Anthl.	4 7/10	4½	124 B.
Schl. Bank-Ver.	6	4	97½ etw. bz.u.G.
Thüringer Bank	2⅝	4	60 G.
Weimar. Bank	4	4	82 G.

Wechsel-Course.

Amsterdam	10 T.	143½ bz.
dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg	8 T.	151¾ bz.
dito	2 M.	151⅛ bz.
London	3 M.	6. 22½ bz.
Paris	2 M.	80⅛ G.
Wien österr. Währ.	8 T.	80⅜ bz.
dito	2 M.	79⅝ bz.
Augsburg	2 M.	56. 26 bz.
Leipzig	8 T.	99⅝ bz.
dito	2 M.	99⅛ G.
Frankfurt a. M.	2 M.	56. 28 G.
Petersburg	3 W.	97¼ b. 3 M. 96⅝ b.
Warschau	8 T.	87⅝ bz.
Bremen	8 T.	109¾ bz.

Berlin, 31. Juli. Weizen loco 65—82 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 80—81pfd. 55 Thlr. ab Bahn bez., Juli 59½—64 Thlr. bez., Juli-Aug. 51¾—52¼ Thlr. bez., Aug.-Septbr. 50¾—50⅞ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. 50½—¾ Thlr. bez., Br. und Gld., Oktbr.-Novbr. 49¼—⅜ Thlr. bez., Nov.-Dezbr. 48½ Thlr. bez., Frühjahr 47¾ Thlr. bez. — Gerste, große und kleine, 36—41 Thlr. pr. 1750 Pfd. — Hafer loco 25—27½ Thlr., weißer schles. 27½ Thlr. ab Boden bez., Lieferung pr. Juli 25¾ Thlr. bez., Juli-Aug. 25½ Thlr. bez., Aug.-Septbr. 25½ Thlr. bez., Septbr.-Oktbr. dito, Oktbr.-Novbr. 25 Thlr. Br., 24¾ Thlr. Gld., Novbr.-Dezbr. 24½ Thlr. bez. — Erbsen, Koch- und Futterwaare 51—58 Thlr. — Winterraps und Winterrübsen 98—103 Thlr. — Rüböl loco 14⅛ Thlr. Br., Juli 14⅛—1/24 Thlr. bez., Juli-Aug. 14 Thlr. bez., Br. und Gld., Aug.-Septbr. 14 Thlr. Br., Septbr.-Oktbr. 13 23/24—14 Thlr. bez., Oktbr.-Novbr. 14 Thlr. bez., Novbr.-Dezbr. 14 Thlr. bez., April-Mai 13⅞ Thlr. bez. — Leinöl loco 14 Thlr. — Spiritus loco ohne Faß 19⅔ Thlr. bez., Juli 19⅙—⅙ Thlr. bez., Juli-Aug. und Aug.-Septbr. 19 1/12—5/24 Thlr. bez. und Br., ⅙ Thlr. Gld., Septbr.-Oktbr. 19⅙—7/24 Thlr. bez., ⅓ Thlr. Br., ¼ Thlr. Gld., Oktbr.-Novbr. 18 7/24—5/12 Thlr. bez., Br. und Gld., Novbr.-Dezbr. 17⅚—1/12 Thlr. bez. und Gld., 18 Thlr. Br., April-Mai 1863 18¼—⅜ Thlr. bez.

Weizen matt. Roggen loco fast ganz ohne Handel, der laufende Monat wurde zu steigenden Preisen, trotz einer großen Kündigung von 49,000 Ctr. erledigt. Der Durchschnittspreis ist auf 61 Thlr. festgestellt, andere Sichten fest und höher. Hafer, Termine höher. Rüböl wurde zu fast unveränderten Preisen gehandelt. Käufer sowohl wie Verkäufer waren zurückhaltend. Spiritus setzte zu den gestrigen Schlußcoursen ein, der im Verlaufe durch eine Frage sich befestigte und ohne wesentliche Aenderung gegen gestern fest schließt. Gekündigt 80,000 Quart.

Breslau, 1. August. Wetter: schön. Thermometer Früh 9° Wärme. Wir haben im Allgemeinen vom heutigen Geschäftsverkehr wenig Regsamkeit zu berichten, die Zufuhren erhalten sich mittelmäßig gut, die Kauflust kaum damit schritthaltend.

Weizen stilles Geschäft; pr. 85pfd. weißer 78—92 Sgr., gelber 78—91 Sgr. — Roggen gefragter, abfallende Sorten sind jedoch hiervon auszunehmen; pr. 84pfd. 54—56—58—59 Sgr. — Gerste fester; pr. 70pfd. 42—43 Sgr., feinste bis 43½ Sgr. — Hafer fest; pr. 50pfd. schlesischer 27½—28½ Sgr. — Erbsen und Wicken wenig Frage. — Rapskuchen 52—53 Sgr. — Oelsaaten etwas mehr beachtet. — Schlaglein wenig angeboten.

	Sgr. pr. Schff.		Sgr. pr. Schff.
Weißer Weizen	80—85—92	Erbsen	47—52—55
Gelber Weizen	80—85—91	Wicken	38—41—44
Geringer u. blauspitziger	70—75—82		Sgr. pr. Sack à 150 Pfd. Brutto.
Roggen	55—57—60	Schlag-Leinsaat	160—185—210
Gerste	40—42—45	Winter-Raps	185—208—236
Hafer	24—27—30	Winter-Rübsen	200—220—232

Kleesaat sehr still, rothe 8—10—11¾—14 Thlr., weiße 9—11½ bis 14½—16½ Thlr., neue 15—18 Thlr., hochfeine bis 19 Thlr.

Thymothee 6—8½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. netto 20—25 Sgr., Metze 1—1½ Sgr.

Vor der Börse.

Rohes Rüböl pr. Ctr. loco 13¾ Thlr., Termine 13⅔ Thlr. — Spiritus pr. 100 Quart à 80 % Tralles loco 18⅔ Thlr., Termine 18½ Thlr., theils bezahlt, theils Brief.

Posen, 31. Juli. Wetter: Regen. Roggen: behauptet. Gek. 20 Wispel. Regulirungspr. 45⅔ Thlr. per d. Monat 45⅔ bez., Juli-August 44⅓ bez. u. Br., August-September 44 Br., September-Oktober 43¾ Gld., October-November 43½ Br., November-Dezember 43 Br.

Spiritus: fester. Gek. 12,000 Qrt. Regulirungspr. 18 7/12 Thlr., per d. Monat 18 7/12 bez., August 18 7/12 Gld., ⅔ Br., September 18½ bez., ⅙ Gld., Oktober 17⅚ Gld., November 17½ Br., ⅓ Gld., Dezember 17 Gld.

Hartwig Kantorowicz Söhne.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein in Breslau.
Druck von Graß, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.